

Herbert Winter, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, stellt sich an der Delegiertenversammlung zur Wiederwahl

Eigene Themen setzen und präsent sein

INTERVIEW GISELA BLAU

tachles: Herbert Winter, Sie kandidieren an der bevorstehenden Delegiertenversammlung (DV) des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) für Ihre dritte und letzte Legislatur als Präsident. Jetzt ist der richtige Moment, um auf die letzte Amtszeit zurückzublicken.

Herbert Winter: In den letzten Jahren sind wir eindeutig stärker als gesellschaftlicher und politischer Akteur wahrgenommen worden, auch dank Meinungsbeiträgen in Zeitungen und Interviews in Radio, Fernsehen und Printmedien. Wir kommunizieren nach innen und aussen auf allen Kanälen und reagieren nicht nur, sondern setzen auch eigene Themen. Ich höre immer wieder in unseren Gesprächen mit Politik und anderen Religionsgemeinschaften, der SIG sei in der öffentlichen Debatte sehr präsent – das macht Freude!

Wie schaffen Sie das?

Einerseits bringen wir uns bei aktuellen Themen wie Flüchtlingen, Religionsfreiheit, Rechtsstaat und Sicherheit proaktiv ein. Andererseits werden wir mittlerweile regelmässig um Stellungnahmen gebeten. Der Dachverband gilt als eine vernünftige und relevante Stimme.

Der SIG und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz (PLJS) besuchen häufig Bundesräte, Fraktionen, Parteipräsidien, Regierungen. Bringt das überhaupt etwas ausser nettem Geplauder?

Nicht jedes Gespräch muss konkrete Resultate erzielen. Häufig geht es darum, unsere Gesprächspartner für unsere Anliegen zu sensibilisieren. Es ist dem SIG gemeinsam mit der PLJS zum Beispiel gelungen, Verständnis für unser Sicherheitsbedürfnis zu schaffen und konkret etwas zu bewegen.

Wann hat dies begonnen?

Während des Krieges in Gaza im Sommer 2014. Die Drohungen auf sozialen Medien haben uns damals schockiert. Spätestens 2015, nach den Attentaten auf «Charlie Hebdo» und einen koscheren Supermarkt in Paris, sind dann alle Beteiligten regelrecht aufgewacht, auch die Politik und die Behörden. In früheren politischen Gesprächen hiess es stets, wir müssten selber für die Sicherheit jüdischer Menschen und Einrichtungen sorgen. Nach Paris haben wir in der Politik die Initiative ergriffen und gleichzeitig medial Druck gemacht. Sowohl in der Politik als auch bei den Medien sind wir auf viel Verständnis gestossen. Bundesrat Ueli Maurer initiierte eine Arbeitsgruppe, die sich dieser Thematik annehmen soll und in der SIG, Bund, Kantone, Städte und jüdische Gemeinden gemeinsam nach Lösungen suchen.

Wer etwas auf die lange Bank schieben will, gründet eine Arbeitsgruppe. Und Ueli Maurer ist jetzt nicht mehr der auch für Bevölkerungsschutz zuständige Verteidigungsminister, sondern Finanzminister.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber es geht vorwärts. Ich bin vorsichtig optimistisch.

Die Israelitische Cultusgemeinde Zürich (ICZ) und ihre Präsidentin Shella Kertész waren allerdings viel früher dran als die Dachverbände. Shella Kertész verhandelt schon lange mit dem Zürcher Stadtrat Richard Wolff über eine substantielle Beteiligung der Stadt an der Sicherheit für jüdische Bürger.

Die ICZ hat bei Wolff schon früh Verständnis für die jüdischen Sicherheitsprobleme gefunden. Der Bund hat erst nach «Charlie Hebdo» die besondere Gefährdung der jüdischen Gemeinschaft erkannt. Der SIG arbeitet momentan sehr eng mit der ICZ in dieser Frage zusammen.

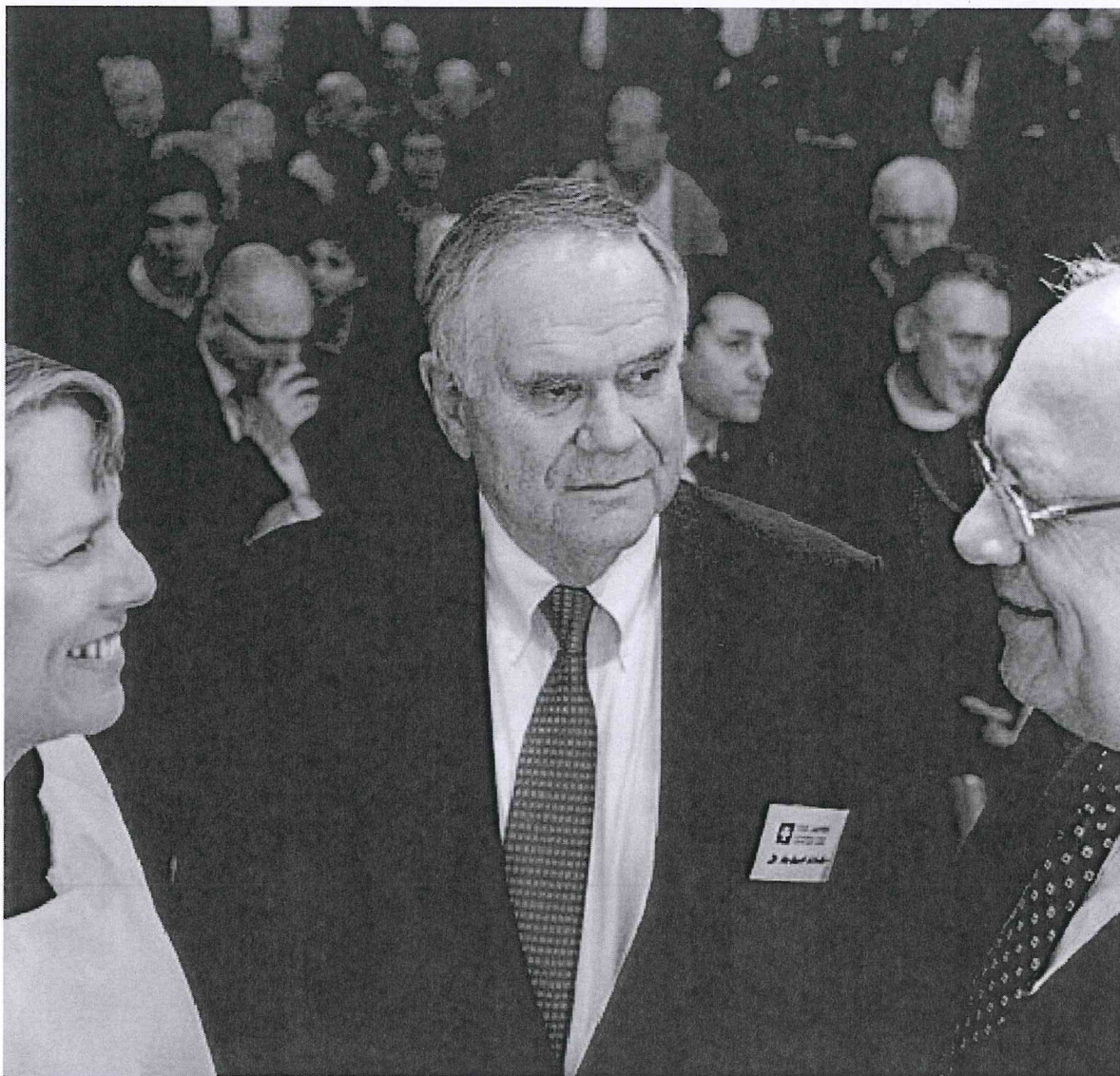
In den Nachbarländern ist es selbstverständlich, dass jüdische Einrichtungen vom Staat geschützt werden.

Das ist richtig. Die Schweiz hat lange weder sich als Land noch die jüdische Gemeinschaft als besonders gefährdet betrachtet. Doch nun – nach Paris und Brüssel – ist es klar geworden, dass die Sicherheit verbessert werden muss. Nicht nur die jüdische Gemeinschaft muss besser geschützt werden, sondern selbstverständlich die Gesellschaft ganz allgemein. Diese Erkenntnis hilft uns.

Gab es in der vergangenen vierjährigen Amtszeit Highlights? Gab es Enttäuschungen?

Die Feierlichkeiten zu «150 Jahre Emanzipation» waren zweifellos ein Höhepunkt. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann war unser Ehrengast. An die Vernissage der Ausstellung kamen 400 Leute, weitere 150 Interessierte mussten leider wegen Platzmangels

«Wenn die Juden Probleme haben, stehen sie zusammen.»



Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, Herbert Winter und US-Botschafterin Suzan LeVine (v.r.n.l.) unterhalten sich vor den Feierlichkeiten für «150 Jahre Gleichberechtigung der Juden in der Schweiz».

abgewiesen werden. Die Aufmerksamkeit in den Medien war besonders gross; überall kamen Beiträge zum Thema. Besondere Freude bereitet mir die Ausstellung, die nun durch die Schweiz wandern wird. Die Gemeinden organisieren Rahmenveranstaltungen, das Interesse an den 15 Biografien, welche die Ausstellung ausmachen, ist gross.

Warum nur 15 Biografien?

Wir wollten nicht die Geschichte darstellen, sondern die heutige Realität der Schweizer Juden aufzeigen. Die 15 Porträts illustrieren sehr schön die Vielfalt der Schweizer Juden und ihr Verhältnis zur Schweiz und zum Judentum 150 Jahre nach der Gleichberechtigung.

Anlass und Ausstellung sollen sehr viel Geld gekostet haben, insbesondere deshalb, weil der SIG eine Agentur damit beauftragte. Wie viel war es?

Es stimmt, dass der gesamte Anlass und die Ausstellung nicht billig waren. Aber wir erhielten von grosszügigen Sponsoren Spenden, die alle Ausgaben decken.

Ist Ihnen etwas nicht gelungen?

Es gab keine grösseren Misserfolge. Ausser ... Ich hatte mir vor acht Jahren vorgenommen, auch heisse Themen aufzugreifen. Was konnte heisser sein als die Frage, wie die Gemeinden mit interreligiösen Ehen umgehen? Wir planten Studientagungen, die viele Leute anlocken sollten. In der Romandie stiessen wir auf ziemlich grosses Interesse, doch in Zürich war das Echo schwach. Das gab mir zu denken: Hatten wir das Thema schlecht «verkauft»? War es etwa doch nicht so heiss und wurde nur privat diskutiert? Wir überlegten uns schon, den Anlass abzusagen. Zum Glück taten wir es nicht: Das Feedback der Teilnehmer war sehr positiv.

Ein Dauerthema sind die Beziehungen des SIG zu den Gemeinden.

Sie sind gegenwärtig hervorragend. Der SIG wird heute als Dienstleister wahrgenommen, der sich für die Gemeinden einsetzt. Ich besuche regelmässig die Gemeinden in der Deutschschweiz; meine Vizepräsidentin Sabine Simkhovitch-Dreyfus diejenigen in der Romandie. So spüren wir rasch, wenn die Vorstände etwas auf dem Herzen haben. Heute handelt es sich meistens um das Thema Sicher-

heit. Leider haben wir auf Ende des letzten Jahres mit Kreuzlingen ein Mitglied verloren, da die Kleingemeinde ihre Tore geschlossen hat.

Die Gemeinden, vor allem die kleinen, können ja auch zufrieden sein – sie haben die Zweidrittelmehrheit an der DV und damit die regulierende Macht nicht verloren.

Das stimmt so nicht ganz: Eine Zweidrittelmehrheit der Gemeinden ist nur bei Statutenänderungen erforderlich. Hier spielt die Zahl der Kleingemeinden natürlich eine Rolle. Eine weitere Zweidrittelmehrheit, aber nicht der Gemeinden, sondern der Delegierten, braucht es bei Abstimmungen über Aufnahmen von neuen Gemeinden. Hier haben Delegierten der Kleingemeinden keinen entscheidenden Einfluss.

Was reizt Sie daran, eine dritte Amtszeit anzuhängen?

Es gibt noch vieles, das ich zu Ende bringen oder neu anpacken möchte. Dazu kommt: Das Präsidentenamt ist sehr spannend und interessant und bereitet mir grosse Freude. Vor allem schätze ich die vielen Begegnungen mit Menschen, auch ausserhalb der →

«Wir brauchen eine vernünftige Lösung für das Thema Sicherheit.»

jüdischen Gemeinschaft. In den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, in der Politik, mit ausländischen Institutionen, anderen Dachverbänden. Andererseits ist das Präsidium sehr arbeitsintensiv, auch wenn es mir gelungen ist, eine vernünftige Struktur zu schaffen: Die operativen Aufgaben liegen heute beim Generalsekretär und der Geschäftsstelle. Die Geschäftsleitung und ich als Präsident sind für strategische Fragen zuständig. Beim SIG sind heute weniger Leute angestellt. Diese leisten aber dank neuer Strukturen professionellere Arbeit. Gleichzeitig konnten wir die Personalkosten senken. Vor diesem Hintergrund würde ich den Job sehr gerne noch weitere vier Jahre machen.

Gibt es bei den Gesamterneuerungswahlen an der DV 2016 Wechsel in der Geschäftsleitung?

Das wird man erst an den Wahlen sehen. Die bisherigen GL-Mitglieder stellen sich alle zur Wiederwahl, weitere Kandidaturen sind mir nicht bekannt.

Der SIG ist sehr nahe mit dem Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen (VSJF) verbunden. Bedeutet die neue Stiftung für Überlebende der Schoah Ihrer Frau Anita eine Konkurrenz zum VSJF oder gar einen familiären Interessenskonflikt?

Ich sehe hier keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung. Der VSJF und die Stiftung meiner Frau arbeiten gut und eng zusammen. Diese Tätigkeit hat aber nichts mit dem SIG zu tun, ich sehe hier überhaupt keine Interessenkonflikte.

Welche Ziele wollen Sie in den nächsten vier Jahren erreichen?

Eines meiner wichtigsten Ziele ist, dass der SIG allen Schweizer Juden eine Stimme geben kann, unabhängig davon, in welcher Gemeinde sie sind – ja ich möchte sogar, dass auch die Juden, die in keiner Gemeinde sind, sich von uns vertreten fühlen.

Was wir am dringendsten erreichen müssen: Wir brauchen eine vernünftige Lösung für das Thema Sicherheit.

Das Ziel muss sein, dass der Staat für den Schutz unserer Einrichtungen eigene Leute abstellt oder unsere eigenen Sicherheitsmassnahmen mitfinanziert.

Betonen möchte ich, dass wir uns in Sachen Sicherheit nicht nur für SIG-Gemeinden einsetzen. Wir helfen auch den anderen Gemeinden und jüdischen Institutionen wie

Altersheimen, Schulen und Betlokalen. Wir organisieren und finanzieren Aus- und Weiterbildungen im Bereich Sicherheit, in der Deutschschweiz in Zusammenarbeit mit der Israelitische Cultusgemeinde Zürich. Und wir sind mit allen jüdischen Institutionen im Gespräch.

Funktioniert das Gespräch?

Wenn die Juden Probleme haben, stehen sie zusammen. Das ist auch jetzt der Fall und schön zu sehen: Beim Thema Sicherheit ziehen alle am gleichen Strick, zum Beispiel auch Liberale und Orthodoxe. Noch schöner wäre es, wenn diese Zusammenarbeit, ungeachtet der religiösen Ausrichtung, auch in anderen Bereichen möglich würde. Dies ist ein weiteres Ziel für mich: den innerjüdischen Zusammenhalt zu stärken.

Ein ungelöstes Sicherheitsproblem kommt möglicherweise auf die Juden in der Schweiz zu: Syrischen Flüchtlingen, die bei uns leben werden, ist ein Leben lang eingetrichtert worden, dass die Juden ihre Todfeinde seien. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat diese Gefahr angesprochen und von Bundeskanzlerin Angela Merkel klare Zusicherungen erhalten. Der SIG und die PLJS haben diese Problematik noch nicht zur Sprache gebracht.

Als jüdische Gemeinschaft müssen wir angesichts unserer Geschichte bereit sein, Flüchtlinge aufzunehmen und human zu behandeln. Aber der Staat muss genau kontrollieren, wer da kommt, das ist eine wichtige Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung, nicht nur der jüdischen. Auch deshalb hoffe ich für uns alle, dass das neue Nachrichtendienstgesetz angenommen wird, denn das aktuelle ist zahnlos.

Das ist wirklich wichtig, aber noch nicht alles.

Natürlich nicht, es braucht auch eine umfassende Integrationsarbeit, die den Flüchtlingen nicht nur unsere Kultur, unsere Werte, unsere Gesetze und die Gleichberechtigung der Frauen näherbringt, sondern auch den Respekt vor allen anderen Religionen. Schon heute haben wir Probleme mit Antisemitismus unter Muslimen, vor allem bei Jugendlichen.

Was sagen denn die Muslime im Rat der Religionen dazu?

Es ist natürlich ein Thema, und die muslimischen Vertreter nehmen es ernst. Sie waren auch sofort bereit, gemeinsam mit uns Platt-

formen für den jüdisch-muslimischen Dialog zu schaffen. Was den Rat betrifft: Seit zwei Jahren sind unsere Gespräche kontroverser geworden. Sie sind immer respekt- und vertrauensvoll. Aber jetzt wagt jeder Religionsvertreter auszusprechen, was ihm am Herzen liegt, und auch kritische Meinungen zu äussern. Das ist gut so.

Sie nehmen als SIG-Präsident an den Plenarversammlungen des Jüdischen Weltkongresses (WJC) teil, pflegen aber wenig Kontakt zu den europäischen Nachbarländern.

Der SIG ist Mitglied im WJC und vertritt dort die Schweiz. Ich selber bin seit einiger Zeit Mitglied in einer Kommission, welche Resolutionsvorschläge prüft und selbst entwirft. Viel aktiver als im WJC sind wir natürlich im Europäisch-jüdischen Kongress EJC. Dort bin ich seit Beginn meines Präsidiums Mitglied der Exekutive. Die Exekutive tauscht sich regelmässig mit europäischen und israelischen Spitzenpolitikern aus, im letzten Jahr etwa mit Wladimir Putin. Ausserdem traf ich den französischen Staatspräsidenten François Hollande.

Vom EJC hört man kaum etwas.

Das sehe ich anders. Der EJC pflegt enge Kontakte mit der EU-Kommission, dem europäischen Parlament und europäischen Regierungen. Der EJC engagiert sich zudem seit Jahren beim Thema Krisenmanagement und leistet diesbezüglich hervorragende Arbeit. Seit den Morden von Toulouse gibt es ein Team von Fachleuten, die in allen Dachverbänden, auch in der Schweiz, ihre Dienste anbieten. Etwa beim Erarbeiten und Implementieren von Krisenmanagementkonzepten. In Workshops werden die richtigen Reaktionen und Massnahmen in Krisen geübt. Auch der SIG beschäftigt sich intensiv mit Krisenmanagement. Wir profitieren dabei vom Know-how des EJC und geben dieses an die Gemeinden weiter.

In diesen heiklen Zeiten sollte der SIG engere Kontakte zu den Dachverbänden in anderen europäischen Ländern, vor allem jenen in der Nachbarschaft, aufbauen.

Wir haben sehr enge Beziehungen zu unseren Nachbarländern, insbesondere zu den deutschsprachigen. Ich beabsichtige, in Kürze die Präsidenten des deutschen und des österreichischen Dachverbands zu treffen, um unsere Beziehungen zu vertiefen und mit ihnen gemeinsame Probleme und gemeinsame neue Projekte zu besprechen. ●